



Sessionsbericht

Nr. 3 / Herbst 2022

Ihr EVP-Team im Nationalrat

Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57
Nik Gugger ZH nik.gugger@parl.ch 079 385 35 35
Lilian Studer AG lilian.studer@parl.ch 076 575 24 77

Liebe Leserinnen und Leser

Für Marianne war dies die letzte Session, doch bis Ende November ist sie noch im Amt. In dieser Zusammensetzung ist dies aber der letzte Sessionsbericht. Der nächste wird dann mit Marc Jost folgen. Während der Verabschiedung wurde Marianne als eine offene, unkomplizierte und humorvolle Person gewürdigt, die glaubwürdig, kompetent und überzeugt für eine ethische ausgerichtete Politik sich stark machte. Als Brückenbauerin und gut vernetzt wurde sie beschrieben, die so eben auch Mehrheiten fand. [Link zur Verabschiedung](#)

Eine intensive Sessionszeit ging für uns alle zu Ende. Der Rettungsschirm für Stromunternehmen mit Liquiditätsproblemen musste während einer Session durch beide Räte durchberaten werden. Dasselbe auch mit einer kurzfristig erstellten Vorlage zur Gletscher-Initiative zur Energieknappheit im Winter. Zudem wurde auch die Biodiversitäts-Initiative beraten, wo auch ein indirekter Gegenvorschlag vorlag. Die Verlängerung von einzelnen Bestimmungen des Covid-Gesetzes bis Mitte 2024 war zudem auf der Traktandenliste. Unter anderem ging es um die Bezahlung und die Verantwortung für Corona-Tests. Die Debatte um die Abschaffung des Eigenmietwertes konnte aber verkürzt geführt werden, da auch mit unserer Unterstützung das Geschäft an die behandelnde Kommission zurückgewiesen wurde. Eine konsequente und gerechte Umsetzung sieht anders aus, als es die Kommission erarbeitet hatte. Zudem hätte dies Milliardenausfälle generiert.

Wir wünschen euch auf alle Fälle viel Freude und anregende Gedanken beim Lesen. Zudem wünschen wir euch einen farbenfrohen und segensreichen Herbst.

Herzliche Grüsse

Marianne, Nik und Lilian



Die EVP-Nationalratsmitglieder:
Marianne Streiff, Lilian Studer und
Nik Gugger

In diesem Bericht:	Seite
Armeebotschaft	2
Sondersession Kaufkraft	2
«Ja, aber» zum Rettungsschirm für Stromunternehmen	3
Biodiversitätsinitiative resp. indirekter Gegenvorschlag	3
Die Solaroffensive für mehr inländischen Winterstrom	4
Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele	5
Die Geschichte der Frauen ersichtlich machen	5
In dieser Session eingereichte Vorstösse	6



Am ersten Sessionstag wurden wir mit dieser Aussicht begrüsst.

Armeebotschaft

Der Kaufvertrag für 36 neue Kampffjet F-35 wurde unterzeichnet. Dies nachdem der Nationalrat mit unserer Unterstützung nach dem Ständerat grünes Licht gegeben hat. Begründung: Mit dem Planungsbeschluss wurde die Stimmbevölkerung von Beginn weg miteinbezogen. Die Rahmenbedingungen haben sich seit der Verabschiedung der Armeebotschaft durch den Bundesrat massgeblich verändert. Mehrere Staaten haben inzwischen F-35A bestellt. Hinzu kommt, dass die verbindlichen Offerten für die Beschaffung der Kampfflugzeuge im März 2023 auslaufen. Wird diese Offertfrist für die Beschaffung verpasst, sind Nachverhandlungen erforderlich, dies würde dann mit Sicherheit zu Mehrkosten führen. Eine verspätete Lieferung hätte zudem ab 2030 eine Lücke beim Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Bedrohungen aus der Luft zur Folge.

Unterstützt hat der Nationalrat auch Mehrausgaben im Bereich Cybersicherheit und eine zweite Tranche Mörser. Auch die Anschaffung des bodengeschützten Luftverteidigungssystems Patriot wurde angenommen. Heute verfügt die Schweiz über kein solches System. Unverständlich war für uns hingegen die Aufrechterhaltung der Tiger-Jets. Ein teurer Spass, nur damit die Patrouille Suisse - die Kunstflugstaffel - nicht ohne Flieger dasteht. Dies wäre aber nicht so, da man diese Kunstflüge auch mit anderen Fliegern hätte bestreiten können. Wie der Ständerat stimmte aber auch der Nationalrat zu.

Sondersession Kaufkraft

Diverse Vorstösse führten zu dieser Sondersession. In der Aargauer Zeitung stand folgende Haltung von Lilian zur Debatte. «Wir unterstützen den gemeinsamen Antrag für eine sofortige AHV-Erhöhung natürlich voll», sagt denn auch Lilian Studer (EVP). «Die Menschen müssen sehr rasch entlastet werden, denn Energiemehrkosten, steigende Krankenkassenprämien und teurere Lebensmittel belasten ihre Portemonnaies stark.» Gewiss komme das auch gutsituierten Rentnerinnen und Rentnern zugute, sagt Studer, «doch die Teuerung gehört allen ausgeglichen, das ist eine faire Giesskanne. Da sind auch die Arbeitgeber in der Pflicht». Volle Unterstützung gibt es von ihr auch für höhere Prämienverbilligungen. «Das kommt gezielt und rasch denjenigen zugute, die am meisten in Not sind.» Studer hofft, dass es gelingt, auf diese Weise den Menschen zu zeigen, «dass wir in Bern ihre Nöte ernst nehmen und rasch handeln».

Für eine staatliche Verbilligung von Benzin und Diesel ist sie aus umweltpolitischen Gründen nicht zu haben, aber auch, «weil wir sehen, dass die Preise an den Tanksäulen zum Teil zu hoch sind. Es wäre eine Frechheit, wenn Konzerne zu viel abschöpfen, und der Staat das dann für die Menschen mit massiven Mindereinnahmen ausgleichen soll.» Die Vorstösse der sofortigen AHV-Erhöhung sowie die Erhöhung der Prämienverbilligung wurden vom Nationalrat zum Schlusse als einzige angenommen. Im Ständerat hingegen fand von diesen beiden Vorstössen nur die AHV-Erhöhung Anklang.



Zum Abschied lud Marianne nach einer Fraktions-sitzung Die Mitte-Fraktion, die Mitte-EVP, zum Apéro ein.



Verabschiedungsfoto von Marianne. Marianne zwischen dem Fraktionspräsidenten Philipp Matthias Bregy und Lilian Studer.

«Ja, aber» zum Rettungsschirm für Stromunternehmen

Stromunternehmen, die im turbulenten Markt in Liquiditätsprobleme geraten, sollen einen Rettungsschirm erhalten. Geraten sie wegen unvorhergesehenen Entwicklungen am Markt in finanzielle Bedrängnis, sollen sie den Bund um Darlehen ersuchen können. Den Rettungsschirm hatte der Bundesrat mit einer Notverordnung bereits eine Woche vor der Beratung aktiviert, nachdem die Axpo um Hilfe ersucht hatte. Er stellte für den Konzern vier Milliarden Franken bereit. Die Finanzdelegation der Räte hatte die Summe freigegeben. Genutzt hat die Axpo dieses Darlehen bisher noch nicht. Die SVP wollte auf die Gesetzesvorlage nicht eintreten. Bei den übrigen Parteien war der Rettungsschirm an sich unbestritten. Doch an welche Bedingungen dieser geknüpft sein soll und wie es mit der Axpo weitergeht, sorgte für hitzige Debatten. Zwei Forderungen von linker Seite, die auch wir unterstützen, fanden eine deutliche Mehrheit: So etwa das Anliegen nach mehr Transparenz, was die Gründe und Entscheidungsgrundlage für eine Kreditbereitstellung betrifft. Diese Informationen sollen laut der SP der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Ebenso stimmte eine Mehrheit für das Boni- und Prämienverbot für die Chefetage von Firmen, die Darlehen beziehen. Die Darlehensgewährung unterliegt zudem noch weiteren äusserst strengen Regeln. Die Bedingungen sind somit äusserst unattraktiv. Bei der Frage, welche Unternehmen dem Rettungsschirm überhaupt unterstellt sein sollen, folgte die grosse Kammer dem Ständerat, der auch kleineren Unternehmen dies ermöglichen wollte. Der Bundesrat wollte nur die drei grössten Konzerne Axpo, Alpiq und BKW unter den Rettungsschirm stellen. Wesentliche Differenzen zwischen den beiden Räten drehten sich einerseits um den Umgang mit der Thematik des Eigenhandels der Stromkonzerne und andererseits um die verständliche Forderung einer Minderheit, wonach Eigentümer von Stromunternehmen nachträglich in die Pflicht genommen werden können sollen, wenn sie ihren Pflichten ungenügend nachgekommen sind. Bundesrätin und Energieministerin Simonetta Sommaruga warnte jedoch davor, diese Problematik hier und jetzt zu regeln mit den Worten: "Wenn Sie mehr Verantwortung und Transparenz für die Eigentümer wollen, dann müssen Sie das grundsätzlich angehen und nicht mitten in einer Krise regeln". Der Nationalrat lehnte darauf die Forderung mit 124 zu 56 Stimmen bei 8 Enthaltungen ab. Die SVP wollte das so nicht schlucken und verlangte umgehend gemäss Ratsreglement schriftlich eine ausserordentliche Session zum Geschäft. (Das ist möglich, wenn ein Viertel der Mitglieder des Nationalrates einen entsprechenden Antrag stellt.) Diese fand am Montagabend der letzten Sessionswoche statt und brachte nichts, ausser der Zustimmung zum Bundesbeschluss I über den Nachtrag II zum Voranschlag 2022.

Biodiversitätsinitiative resp. indirekter Gegenvorschlag

«Biodiversität ist kein Luxus. Wenn die Artenvielfalt leidet, dann leidet auch die Landwirtschaft, und dann leiden auch die Waldwirtschaft und auch der Tourismus und die Lebensmittelbranche und die Pharmabranche, und dann verschlimmert sich auch die Klimakrise.» Dies die Worte



Der FC Helvetia, wo Lilian als Vorstandsmitglied und Fussballerin mitwirkt, hat gewonnen. Dies sogar mit 5:2 gegen Sportif, einem Netzwerk für Sportlerinnen und Frauen, die beruflich oder privat im Sport engagiert sind. Auf dem Foto die Aargauer Delegation: Lilian als Spielerin, Luigi Ponte als Präsident des Fussballverbandes Aargau und Schiedsrichter und Irene Kälin als höchste Schweizerin und Unterstützerin.

von Bundesrätin Simonetta Sommaruga während der Debatte zur Biodiversitätsinitiative. Um was geht es bei der Initiative: Die Biodiversitätsinitiative fordert eine Wende, bevor es zu spät ist. Mehr als ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten in der Schweiz sind gefährdet. Intakte Landschaften werden täglich verbaut. Die Initiative soll den Schutz der Biodiversität, der Landschaft und des baukulturellen Erbes in der Verfassung verankern. Sie bewahrt, was bereits unter Schutz steht und schont, was ausserhalb geschützter Objekte liegt. Sie fordert mehr Flächen und mehr Geld für die Biodiversität.

Dieser Initiative lag ein indirekter Gegenentwurf vor, da die Initiative zu weit gehe, bei einer Annahme den Handlungsspielraum von Bund und Kantonen übermässig einschränken würde und wahrscheinlich kaum zur Beschleunigung beitragen würde, dies die Worte des Kommissionsprechenden. Ganz aus der Vorlage ausgegliedert hat der Nationalrat die Förderung der Baukultur von hoher Qualität. Sie soll im Rahmen der Kulturbotschaft behandelt werden. Der Rat strich zudem das vom Bundesrat und der Kommissionmehrheit vorgeschlagene Flächenziel von neu 17 Prozent für Biodiversitätsflächen bis 2030 aus dem Gegenentwurf und ersetzte das Kernstück der Vorlage durch eine qualitative Formulierung, die auch den Kantonen ein Mitspracherecht einräumen will bei der Ausscheidung der Flächen. Beidem konnten wir auch als EVP zustimmen. Auch die Bundesrätin fand letzteres grundsätzlich ein guter Ansatz. Sie betonte zudem immer wieder: Der Bundesrat sieht nicht vor, dass mit dem indirekten Gegenvorschlag in der Summe mehr Biodiversitätsförderflächen dazukommen. Der Bundesrat wolle die Qualität fördern. Es werde auch niemand enteignet. Bei der Gesamtabstimmung stimmten wir EVP-Mitglieder der Initiative wie auch dem indirekten Gegenvorschlag zu. Schlussendlich muss sich der Ständerat noch über den indirekten Gegenvorschlag beugen und in der Schlussabstimmung kann die Vorlage immer noch abgelehnt werden. [Votum von Nik](#)

Die Solaroffensive für mehr inländischen Winterstrom

Eine kurzfristig erstellte Vorlage zur Gletscher-Initiative wurde während dieser Session durchberaten und als dringlich erklärt, damit sie unmittelbar nach Beratung in Kraft treten konnte. Ziel ist die sichere Stromversorgung im Winter, auch wenn die Vorlage für diesen Winter keine Auswirkungen haben wird. Die Solaroffensive soll jahrelang blockierte Projekte in Gang bringen. Den Anstoss zur Vorlage gaben Solar-Grossprojekte in Gondo und in Grengiols im Wallis. Der Nationalrat ergänzte mit der Erhöhung der Grimsel-Staumauer. Dieser "Grimsel-Paragraf" soll es ermöglichen, das Projekt voranzubringen und dabei die laufenden Bauarbeiten für eine Ersatz-Staumauer auszunützen. Die Räte einigten sich grundsätzlich darauf, grosse Solaranlagen in den Bergen erleichtert zu bewilligen und die Investitionen mit Geld aus dem Netzzuschlag zu unterstützen. Gleichzeitig soll auf Natur und Landschaft Rücksicht genommen werden, Bedingungen wurden in die Vorlage hineingenommen. Eine Solarpflicht gilt zudem nur für Flächen von mehr als 300 Quadratmetern. Auf kleineren Flächen sollen die Kantone zusätzlich eine



Pflicht vorsehen können. Nicht nur Energieministerin Simonetta Sommaruga bedauerte die Begrenzung auf grössere Flächen, auch wir taten es. Etwa siebzig Prozent der Gebäude würden so vom Standard schon wieder herausgenommen.

Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele

Mit dem neuen Bundesgesetz sollen Minderjährige vor Medieninhalten in Filmen und Videospiele geschützt werden. Es geht namentlich um Darstellungen von Gewalt, Sexualität und bedrohlichen Szenen. Schweizweit werden alle Kinos, Detailhändler, Online-Versandhändler und Abrufdienste zu Alterskennzeichnungen und -kontrollen verpflichtet. Zudem werden auch Anbieterinnen und Anbieter von Plattformdiensten für Videos - zum Beispiel Youtube - in die Pflicht genommen. Die Systeme zur Altersklassifizierung und die Regeln zur Alterskennzeichnung sowie zur Alterskontrolle sollen von den Akteurinnen und Akteuren im Film- und Videospielebereich selbst entwickelt werden, dabei werden Experten oder Expertinnen beigezogen. Die Regeln müssen vom Bundesrat genehmigt werden. Veranstalterinnen müssen Alterskontrollen durchführen, wenn die Veranstaltung nicht an Minderjährige gerichtet ist und allenfalls den Eintritt verweigern. Wenn die Begleitung volljährig und mindestens 10 Jahre älter ist und das Kind höchstens zwei Jahre das Mindestalter unterschreitet, kann der Eintritt trotzdem gewährt. Zu diskutieren gab insbesondere, ob auch eine Sicherung für Minderjährige bei Mikrotransaktionen in Videogames - das sind plötzlich erscheinende Einkaufsangebote mit realem Geld, welche die Spieloptionen verbessern, sogenannte In-App-Käufe - eingebaut werden müsste. Was der Ständerat nicht wollte. Die Nationalratskommission hat sich darum entschieden eine Motion zur Thematik einzureichen. Der Präventionsartikel zur Steigerung der Medienkompetenz von Jugendlichen fand dafür schlussendlich Eingang ins Gesetz.

Die Geschichte der Frauen ersichtlich machen

Die Geschichte der Frauen in der Schweiz soll sichtbar gemacht werden. Dies war ein Anliegen eines Vorstosses von Marianne. Gefordert wurde ursprünglich ein Konzept für ein "Haus der Frauengeschichte". Im Nationalrat bekam dieses Anliegen eine Unterstützung. In dieser Session musste noch einmal darüber befunden werden, da der Inhalt vom Ständerat angepasst wurde. Der Vorstoss fordert nun neu ein Konzept für ein Netzwerk Dritter über die Geschichte der Gleichstellung. Die nötigen Geldmittel soll die Landesregierung mit der nächsten Kulturbotschaft beantragen. [Votum von Lilian als Kommissionssprecherin](#)



ProCinema, cinésuisse sowie die parlamentarischen Gruppen Kultur und Schweiz-Indien (letztere wird von Nik Gugger präsidiert) zeigten während der Session einem vollen Saal den berührenden Film «Mother Theresa & me», der nun bald in den Kinos folgt. Ansprachen wurde u.a. vom Bundespräsidenten Ignazio Cassis gehalten. Initiatorin und Hauptdarstellerin Jacqueline Fritsch Cornaz sowie Regisseur Kamal Musale waren zudem vor Ort und beantworteten Fragen.

Auf dem Bild: Nik Gugger mit Bundesrat Guy Parmelin, der für den Film gleich Werbung macht. Nach der Session flog Nik mit dem Bundesrat nach Indien.

In dieser Session eingereichte Vorstösse:

Marianne Streiff

Motion: Wirksame Ausstiegsprogramme zur beruflichen und sozialen Neuorientierung für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen

Fragestunde: Verurteilung des Angriffs auf Armenien

[Link Vorstösse Marianne >>>](#)

Nik Gugger

Fragestunde: 1) Wie ambitioniert sollen Biodiversitätsschäden vermieden werden? 2) Förderung der Gütertransporte 3) Wegwerf E-Zigaretten

Interpellation: 1) Stärkerer Einbezug von künstlicher Intelligenz in die VBS Cyber-Abwehr? 2) Wo steht der Bundesrat bei den ökologischen Massnahmen für Strukturverbesserungen? 3) Nationale Massnahmen zur Verhinderung weiterer TFA-Ansammlungen im Wasser?

[Link Vorstösse Nik >>>](#)

Lilian Studer

Interpellation: 1) Schweizer Massnahmen gegen die unhaltbaren und eskalierenden Menschenrechtsverletzungen im Iran 2) In Zusammenarbeit mit [Aline Trede: Swiss Sport Integrity – wer wird gehört?](#)

Fragestunde: Alkohol- und Tabaktestkäufe im Online-Handel

[Link Vorstösse Lilian >>>](#)



Eine Delegation des ukrainischen Parlaments war für das Ukraine Forum, organisiert von der Freundschaftsgruppe Schweiz-Ukraine wo Nik Gugger Co-Präsident und Lilian Mitglied ist, in die Schweiz gekommen. Vorgängig wurde die Zusammenarbeit zwischen der Freundschaftsgruppe mit der Delegation besprochen.

Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Marianne Streiff
Nik Gugger
Lilian Studer

Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz

